

Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat September 1955

	<u>Seite:</u>
A. I. <u>Politisches Leben</u>	1
1) 1. September - Jahrestag des Kriegsausbruches	1
2) Polen vermindert seine Streitkräfte	1
3) Besiedlung der Westgebiete	2
4) Ministerpräsident der Exilregierung kehrt nach Polen zurück	3
5) Weitere Verlockung der Emigranten zur Rückkehr	6
6) Radiosender "Kraj" ruft zur Rückkehr	6
7) Aus dem Parteileben	7
a) Parteiorganisationen auf dem Lande	7
b) Weltanschauliche Probleme in der kommunistischen Jugendorganisation	7
II. <u>Landwirtschaft</u>	8
1) Erntedankfest	8
III. <u>Verkehr</u>	10
Tag des Eisenbahners	10
IV. <u>Kulturelles Leben, soziale Probleme</u>	11
1) Beginn des neuen Schuljahres	11
2) Drei neue Technische Hochschulen	11
3) Arbeitsschutz im Bergbau	12
B. <u>Beziehungen zum Ausland</u>	13
I. <u>Aussenpolitische Beziehungen</u>	13
1) Gegenbesuche polnischer Kriegsschiffe in England	13
2) Polen stellt Kandidatur für den Sicherheitsrat auf	13
3) Polnisch-sowjetische Freundschaft	13
4) Polnisch-sowjetisches Institut	14
5) Ausländische Parlamentarier in Polen	15
6) Adenauers Besuch in Moskau	15
7) DDR-Besuch in Moskau	19
II. <u>Aussenhandel</u>	21
1) Internationale Messe in Agram	21
2) Internationale Messe in Plovdiv	22
3) Geplanter Export nach Südamerika	22
4) Handelsvertrag Polen-Indonesien	23
C. <u>Kulturelle Beziehungen zum Ausland</u>	23
Touristenverkehrsabkommen Polen-CSR	23

I. Politisches Leben

1) 1. September - Jahrestag des Kriegsausbruches

"Trybuna Ludu" schreibt am 1. September:

"Von allen schmerzlichen Erfahrungen, die das polnische Volk in seiner Geschichte erlebt hat, hat die Tragödie vom September 1939 die größte Last an Schmerz und Verbitterung hinterlassen... Der nach fast anderthalb Jahrhunderte dauernder Versklavung wiedererstandene polnische Staat stürzte wieder unter den Schlägen des Angreifers. Binnen zwei Wochen platzten alle Illusionen, mit denen die polnische Bourgeoisie das Volk nährte, um die Schwäche und Rückständigkeit des Staates zu verdecken, wie eine Seifenblase... Und als es so weit war, konnten Kampfeswille und Heldentum des polnischen Soldaten nichts helfen, der einsam gegen die stärkste imperialistische Armee kämpfen musste.

Als die Regierung der Pilsudski-Anhänger, die mehrmals die angebotene Hilfe der UdSSR, die Hitleraggression aufzuhalten - zurückwiesen, war das mit dem Todesurteil für Polen gleichbedeutend...

Damals im September waren wir allein, jetzt haben wir zuverlässige Freunde und mit ihnen zusammen bilden wir eine Kraft, die jede Aggression zurückzuweisen imstande ist. Das ist der Grund, warum das polnische Volk weiss, dass sich der September 1939 nie wiederholen wird."

Und "Glos Pracy" vom 1. September zu demselben Thema:

"Der Kampf, den wir am 1. September aufgenommen haben, war der schrecklichste in unserer ganzen Geschichte. In 5 1/2 Jahren verloren wir 6 Millionen polnische Staatsangehörige. Dieser tragische September ging in unsere Geschichte nicht nur als Datum einer beispiellosen Niederlage ein, er ist auch ein Tag der Gewissensabrechnung... In den letzten 16 Jahren ging eine Wandlung vor sich, die als grösste in unserer Geschichte gelten muss. Die Schlussfolgerungen dieser Wandlung sind heute für jeden offensichtlich: Sowohl für den Freund als auch für den Feind."

2) Polen vermindert seine Streitkräfte

Dem Beispiel Moskaus folgend, beschloss die polnische Regierung am 3.9.55 eine Verminderung der Streitkräfte um 47.000 Soldaten und Offiziere.

"Zycie Warszawy" vom 4./5. September kommentiert diese Massnahme wie folgt:

"Wir sind ein sozialistisches Land, es gibt bei uns keine soziale Gruppe, die an einem Rüstungswettstreit interessiert wäre. Eine ideale Situation wäre für uns, wenn wir alle unsere wirtschaftlichen Mittel und Menschenkraft dem friedlichen Aufbau widmen könnten."

Das Blatt meint, dass nach der Genfer Konferenz die Aussichten für den Frieden gewachsen sind und diese Tatsache ermöglicht die letzte Massnahme der Regierung.

Durch die Entlassung von fast 50.000 Menschen, die bis Ende des Jahres durchgeführt werden muss, wird auch das Problem ihrer Beschäftigung in zivilen Berufen geschaffen. "Trybuna Ludu" vom 21. September schreibt dazu:

"Die Leitung unserer Partei hat den einzelnen Behörden empfohlen, sich dieser Sache anzunehmen. Die entlassenen Offiziere und Soldaten müssen unverzüglich eine Beschäftigung bei den staatlichen Behörden, Industriewerken und in der Landwirtschaft finden."

Soweit die Entlassenen keine berufliche Ausbildung genossen haben, muss man ihnen diese ermöglichen.

Zur gleichen Zeit jedoch geht der Ausbau einer gewaltigen sowjetischen Militärbasis in Polen weiter und nähert sich seiner Vollendung. Diese Basis liegt in Pommern, und zwar im Gebiet zwischen Stettin und Kolberg. Geländemässig umfasst sie 5.000 ha. Neben Befestigungsanlagen befinden sich hier Flugplätze für Maschinen aller Art sowie an der Küste Marineanlagen und Kaianlagen für Nachschubtransporte. Die Anlage kann maximal als Versorgungsbasis für Truppen bis zu 300.000 Mann dienen.

In dieser Basis werden die sowjetischen Besatzungstruppen Polens nach einem Plan des Marschalls ROKOSSOWSKY zusammengefasst, während es früher eine Reihe kleinerer Stützpunkte - hauptsächlich längs der wichtigsten Nachschublinie - gab. Das kann man um so gefahrloser tun, als man den Nachschub mehr und mehr auf den See- und Luftweg verlagert hat, der in keinem Fall von Partisanen gestört werden kann und auch grössere Möglichkeiten bietet als das beschränkte Eisenbahnnetz.

Die Schlagkraft der sowjetischen Besatzungseinheiten steigt naturgemäss mit ihrer Konzentrierung. In Polen und besonders in den Militärkreisen neigt man zu der Auffassung, die Einrichtung solch grosszügiger Anlagen lassen zweierlei Schlüsse zu: 1. würden die Sowjets noch lange im Land bleiben, 2. würden die Anlagen auch im Hinblick mit einer noch lange währenden Besetzung Mitteldeutschlands angelegt.

3. Besiedlung der Westgebiete

Wie "Glos Pracy" vom 6. September meldet, wurden in den ersten 8 Monaten

dieses Jahres etwa 10.000 Bauernfamilien, die aus den überfüllten Gebieten Zentralpolens stammen, in den Westgebieten angesiedelt. Das bedeutet etwa 50.000 neue Einwohner für diese Gebiete. Die Mehrzahl der Neusiedler liess sich in Staatsgütern (7.000 Familien) nieder, der Rest wurde in den Kolchosen oder auf Privatwirtschaften angesiedelt.

Insgesamt sind bisher etwa 5.500.000 Polen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten angesiedelt worden. Von den 9 Mill. Deutschen, die früher dort lebten, sind ca. 0,25 Millionen zurückgeblieben, über die - wie aus zuverlässigen Berichten hervorgeht - in Kürze eine generelle Entscheidung getroffen werden soll.

Amerikanischen Pressevertretern erklärte ein polnischer Regierungssprecher zu diesem Problem u.a. folgendes:

"Die polnische Regierung wird in allernächster Zeit diese Deutschen vor die Entscheidung stellen, entweder die polnische Staatsangehörigkeit anzunehmen, oder aber ihre Sachen zu packen und nach Deutschland zu gehen."

Die zurückgebliebenen Deutschen, soweit sie nicht naturalisiert wurden, haben zum grossen Teil den Status von Staatenlosen. In diesem Zusammenhang wird eine andere Verlautbarung der polnischen Regierung bedeutungsvoll, in der es u.a. heisst:

"Wir können nicht für alle Zukunft eine so grosse Zahl von staatenlosen Personen in unserem Lande behalten. Wenn sie polnische Bürger werden wollen, mit allen Pflichten, die damit verbunden sind - gut. Wenn sie lieber auswandern wollen, statt Bürger unseres Landes zu werden, müssen wir diesen Entschluss in jedem einzelnen Falle einer Prüfung unterziehen."

Wie weiter zu erfahren war, arbeitet man in der polnischen Regierung an Bestimmungen, die die Frage regeln sollen, welchen Teil ihres Eigentums Auswanderer mitnehmen dürfen, was enteignet wird und was nicht. Bisher waren generelle Entscheidungen dieser Frage immer wieder daran gescheitert, dass der chronische Mangel an Arbeitskräften in den Westgebieten zu gewissen Konzessionen zwang. Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge strebt man jetzt aber eine weitgehende Bereinigung der Lage an.

4. Der Ministerpräsident der Exilregierung kehrt nach Polen zurück

Am 8.9.55 konnte die Warschauer Regierung den bisher grössten Erfolg ihrer Propagandaaktion zur Rückkehr der Emigranten nach Polen - verzeichnen.

Am diesem Tage kehrte der "Ministerpräsident" der Londoner Exilregierung, Hugo HANKE, nach Polen zurück.

Der Exilpremier war Mitglied der Christlich-Demokratischen Partei und Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften in der Emigration. Er hatte sein Amt als "Ministerpräsident" erst Anfang August angetreten und nicht länger als einen Monat innegehabt. Über die Motive, die ihn dazu veranlassen haben, nach Polen zurückzukehren, gibt es verschiedene Versionen. Selbstverständlich werden Versuche gemacht, aus ihm ein Opfer des Menschenraubes zu machen, sowie auch ihn als verkappten Kommunistenagenten hinzustellen. Manche nehmen an, dass die polnische Sicherheitspolizei sich der Tatsache bedient hat, dass Frau und Kinder des "Premiers" in Polen leben, und so konnte man ihn indirekt unter Druck setzen. Es fehlt aber auch nicht an Meinungen, die besagen, dass HANKE ganz einfach das Emigrantendasein satt hatte und seinen Lebensabend bei seiner Familie in Polen verbringen wollte, nachdem er jede Hoffnung aufgeben musste, in absehbarer Zeit in ein befreites Polen zurückkehren zu können. In Warschau gab HANKE eine Erklärung ab, in der er u.a. folgendes sagte (nach "Zycie Warszawy" vom 11./12. September 1955):

"Da ich unser Emigrantenleben im Westen sehr gut kannte, hegte ich schon seit langem Zweifel an der Richtigkeit der Linie, die die Emigrationsleitung eingeschlagen hat. Ich habe schmerzlich empfunden, dass wir uns aus eigener Schuld immer mehr von Polen entfernten und auch die Verbindung mit der Masse der Emigranten verlieren. Mit jedem Tag wurde mir deutlicher, dass unsere Exilpolitiker alle ihre Hoffnungen mit einem dritten Weltkrieg verbinden. Einen solchen Krieg, der Polen vernichten müsste, wünschte ich mir nicht. Die Genfer Konferenz war für die Exilpolitiker ein Schock und das machte mir ganz klar, dass sie ausser der Hoffnung auf den dritten Weltkrieg keinen anderen politischen Gedanken hegen. Unter solchen Umständen beschloss ich, nach Polen zurückzukehren, um allen, die noch überlegen, ob sie dasselbe tun sollen, ein Beispiel zu geben. Mein Entschluss wurde durch die Erklärung der polnischen Regierung in Warschau bestärkt, dass sie nicht beabsichtige, die Heimkehrer in irgendeiner Weise zur Verantwortung zu ziehen. Jeder Pole soll in seiner Heimat leben und arbeiten. Ich glaube fest, dass viele Emigranten meinem Beispiel folgen werden."

Am 10.9.55 fand in Warschau eine Pressekonferenz statt, an der mehrere hundert polnische und ausländische Journalisten teilnahmen. Es fiel allgemein auf, dass während dieser Konferenz HANKE von den polnischen Korrespondenten als "Herr Vorsitzender" angedredet wurde, obwohl man bisher die

Londoner Exilregierung als Usurpanten und Marionetten bezeichnet hat. HANKE stand dort den Presseleuten Rede und Antwort und verlas auch seinen Brief, den er an den Exilpräsidenten ZALESKI geschrieben hatte und der eine Wiederholung der Argumente ist, die in seiner Erklärung enthalten waren.

Am 12.9.55 wurde Hugo HANKE vom kommunistischen Vizepremier NOWAK empfangen, der ihm zu seinem Rückkehrentschluss gratulierte. NOWAK wiederholte noch einmal, dass der richtige Platz für alle Polen ihre Heimat ist. Am nächsten Tag traf HANKE sich mit dem konservativen Abgeordneten des Unterhauses, C. OSBORNE.

Die Ereignisse um HANKE lassen es angebracht erscheinen, an dieser Stelle kurz die Lage der polnischen Emigration zu beleuchten. Die starke polnische Emigration, die allein in England mit 15.000 Personen vertreten ist, splittert sich in drei Gruppen auf:

- 1) das MIKOLAJCZYK-Komitee,
- 2) den vorläufigen Rat der "Nationalen Einheit",
- 3) die Londoner Exilregierung.

Zum Rat der "Nationalen Einheit" gehören heute wohl die meisten Emigranten. Er steht unter Führung eines Dreierkomitees, das sich aus General ANDERS, dem Sozialisten ARCIYZEWSKI und dem früheren Botschafter Polens in London, Graf RACZYBSKI zusammensetzt.

Die Anhänger der "Exilregierung" stehen seit 1947 unter Führung des "Staatspräsidenten" August ZALESKI, der auch den übergelaufenen HANKE zum Ministerpräsidenten berief. Die "Exilregierung" betrachtete sich als Rechtsnachfolgerin der Polenregierung, die 1939 aus Warschau verjagt wurde. Sie wird sogar heute noch von einer Reihe anderer Staaten anerkannt, mit denen sie diplomatische Missionen ausgetauscht hat. Diese Staaten sind: Franco-Spanien, der Vatican, Cuba, Libanon, Irland. Die "Regierung", die ihren Sitz am Eaton-Sqaere in London hat, verfügt ausser über einen "Staatspräsidenten" und einen "Ministerpräsidenten" auch noch über ein regelrechtes Kabinett. Ihre Bedeutungslosigkeit wird aber so recht sichtbar, wenn man weiss, dass der "Staatspräsident" über ein Jahresgehalt von 6.000 DM und der "Ministerpräsident" über ein solches von 4.320 DM verfügt, während "Minister, Staatssekretäre, Botschafter" usw. ehrenamtlich tätig sind. Der Mangel an Geldmitteln macht es ihr immer schwerer, ihren Einfluss bei den Emigranten zu halten. Die repräsentative Zeitung der Emigration ist der "Dziennik Polski" herausgegeben in London.

und dem Vorläufigen Rat der "Nationalen Einheit" nahestehend.

Von kommunistischer Seite können in dieser Situation sowohl die Spaltung der Emigration als auch die ewigen Geldnöte der Organisation ausgenützt werden, wie der Fall HANKE zeigt. Der Erfolg mit dem Übertritt des "Ministerpräsidenten" HANKE verliert jedoch seine Bedeutung, da die Exilregierung tatsächlich nur einen Bruchteil der Emigration vertritt.

5) Weitere Verlockung der Emigranten zur Rückkehr

Eine breit angelegte Propagandaaktion, deren Zweck es ist, die Emigranten zur Rückkehr nach Polen zu überreden, wird intensiv weiter fortgesetzt. Wie "Zycie Warszawy" vom 21. September meldet, hat die Warschauer Regierung den Beschluss gefasst, allen Heimkehrern eine umfangreiche staatliche Hilfe zuzusichern. Diese Hilfe erstreckt sich auf die Begleichung der Kosten der Rückreise und Hilfe bei der Ansiedlung und beim Ausfindigmachen eines Arbeitsplatzes. Nach ihrer Ankunft sollen alle Heimkehrer eine einmalige geldliche Unterstützung bekommen, die sie nicht zurückzahlen brauchen. Später sollen sie Geld für die Einrichtung eines Heimes bekommen, das sie ebenfalls nicht zurückzuerstatten brauchen. Bis sie eine Arbeit gefunden haben, wird ihnen unentgeltlich ärztliche Hilfe zugesichert, sie werden bei der Wohnungssuche bevorzugt behandelt. Die zurückkehrenden Bauern sollen eine Bauerwirtschaft bekommen oder eine Stellung in Staatsgütern. Die ganze Arbeitszeit im Ausland wird den Heimkehrern auf die Pension angerechnet.

6) Radiosender "Kraj" ruft zur Rückkehr

Wie "Trybuna Ludu" vom 25.9. meldet, wurde ein spezieller Radiosender errichtet (im Sommer d.J.), dessen Aufgabe es sein wird: "Unsere Landsleute im Ausland ehrlich darüber zu informieren, wie sich das Leben in Polen gestaltet, und dadurch der politischen Propaganda der polnischen Exilpolitiker entgegenzutreten." Eine weitere Aufgabe wird sein, die Emigranten zur Rückkehr nach Polen zu überreden.

Wie sich das Programm des Senders gestalten soll, darüber schreibt "Zycie Warszawy" vom 14.9.55:

"Man muss offen gestehen, dass wir bis jetzt keinen Gedankenkontakt mit der Emigration hatten. Unsere Polemiken arteten in Schimpfereien aus, und das hat den Spalt, der uns trennte, nur vergrößert und die letzten Fäden die uns verbunden hat, zerrissen. Es wird Zeit, dass wir jetzt anfangen, mit der Emigration vernünftig zu diskutieren. Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden schon gemacht, indem man

dem Patronat des Komitees für die Nationale Front einen Sänder errichtete, der täglich zu den Emigranten spricht. Eine andere Form werden die gedruckten Publikationen sein."

Das Blatt meint, man müsste den richtigen Ton für das Gespräch mit den Exilpolen finden. In den letzten 10 Jahren hat sich das Leben in Polen derartig verändert, dass dies Wiederhall auch in der Umgangssprache gefunden hat, die für die Exilpolen oft direkt unverständlich ist. Auch dies muß man einkalkulieren - verlangt die Zeitung. Wie man sieht, man gibt sich alle Mühe...

7) Aus dem Parteileben

a) Parteiorganisationen auf dem Lande

Trotz aller Bemühungen ist es den Kommunisten nicht gelungen, in den 10 Jahren ihrer Herrschaft in Polen festen Fuss auf den Dörfern zu fassen. Zwei Hauptgründe gibt es dafür: Konservatismus katholischer Prägung und die Agrarpolitik der Kommunisten (Kolchosenbildung). Die Mängel, bzw. das Fehlen der Parteiarbeit auf dem Lande gab kürzlich Trybuna Ludu" (v.13.9.) zu.

"Die Durchführung der grossen und komplizierten Aufgaben der Steigerung der Agrarproduktion und gleichzeitig der sozialistischen Umgestaltung der Dörfer erfordert eine wesentliche Verbesserung der politischen und organisatorischen Arbeitsmethoden auf dem Lande. Die Sache ist um so dringlicher, als der bisherige Stand der Parteiorganisationen viele Sorgen erregt. Die Parteiorganisationen auf dem Lande bilden immer noch die schwächsten Stellen in der Gesamtarbeit der Partei."

Wie das Blatt meldet, gibt es allein in der Wojewodschaft Warschau 3.000 Dörfer, in denen es überhaupt keine Parteigruppen gibt.

b) Weltanschauliche Probleme in der kommunistischen Jugendorganisation

"Trybuna Ludu" vom 13. September schreibt:

"Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass es unter den Mitgliedern des ZMP (Jugendorganisation) wie überhaupt bei unserer Jugend viele gläubige Menschen gibt. Man findet sie sogar unter den Funktionären in der Provinz. Manchmal sind für diese jungen Menschen Glaubensprobleme nur eine von Zuhause mitgebrachte Gewohnheitssache, manchmal aber bilden sie eine wirkliche Weltanschauung... Man soll nicht etwa meinen, daß für solche Menschen kein Platz in unserer Organisation ist."

Gleichzeitig aber müssen wir betonen, dass die Weltanschauung eines Mitgliedes unserer Organisation für uns nicht eine gleichgültige Sache ist. Im Gegenteil, eine geduldige, tiefgehende Gestaltung dieser Weltanschauung, eines ideologischen und moralischen Antlitzes der Jugend ist die erzieherische Hauptaufgabe unserer Organisation. Die Beobachtung des Alltagslebens des ZMP lässt bezweifeln, ob die weltanschauliche Arbeit genügend konsequent, schöpferisch und stark entwickelt wird. Lernen wir, allen jungen wachsenden und unreifen Menschen zu zeigen, wieviel Humanismus, Edelmut und Schönheit in unserer Ideologie ist, wieviel tiefen Glaubens an den Wert und die Kraft des Menschen sie hegt, wieviel der Mensch in seinem Leben, in der Welt geändert und vervollkommen hat.

Es ist notwendig, mit der bisherigen Passivität und der Gewohnheit, alle weltanschaulichen Angelegenheiten ihren Lauf nehmen zu lassen - Schluss zu machen. "

Selten hat man im kommunistischen Polen über die Notwendigkeit, die katholische Weltanschauung zu bekämpfen und sie durch eine kommunistische zu ersetzen, in einem so ruhigen und vorsichtigen Ton gesprochen.

II. Landwirtschaft

1. Das Erntedankfest

Am 18.9.55 feierte man in Warschau das allpolnische Erntedankfest. 60.000 eingeladene Musterbauern, Kolchosaktivisten usw. zogen durch die Stadt und versammelten sich in dem neuerrichteten Grosstadion. Mehrere Mitglieder des Politbüros, der Regierung und der Nationalen Front nahmen an den Feierlichkeiten teil. Es fiel allgemein auf, dass unter den eingeladenen Gästen zum ersten Male auch der Vertreter der "Fortschrittlichen Katholiken" (Boleslaw PIASECKI) auf der Ehrentribüne Platz genommen hatte.

"Zycie Warszawy" vom 18./19.9.55 gibt zum Erntefest ein paar Zahlen über die Höhe der bisherigen Ernte. Laut der Zeitung betragen die Hektarerträge für 4 Getreidesorten (Roggen, Weizen, Hafer und Gerste) im Jahre 1951 etwa 12,39 dz bei den Privatbauern und 13,9 dz in den Kolchosen. Im Jahre 1952 waren die betreffenden Zahlen 12,6 dz und 15. dz. In diesem Jahre sollen die Hektarerträge um 15 % höher liegen.

Im Jahre 1953/54 hat man der Landwirtschaft 476.000 to Kunstdünger geliefert. Im Jahre 1954/55 betrug diese Zahl bereits 546.000 Tonnen.

Am 1. September 1955 betrug die Zahl der Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) 9.900 und die Zahl ihrer Mitglieder 240.000. Die Staatlichen Maschinenstationen hatten 1952 10.000 Traktoren und nur 30 Mähdrescher. In diesem Jahre besaßen die MTS 17.000 Traktoren und 206 Mähdrescher. Gleichzeitig gibt es in den Staatsgütern 26,5 Tausend Traktoren und 1.359 Mähdrescher. Die Zahl der Traktoren in der ganzen Landwirtschaft beträgt also ca. 44.000 Stück.

Der Ministerpräsident ZYRANKIEWICZ trat bei dem diesjährigen Erntefest als Gastgeber der eingeladenen Bauern auf. Er hielt auch eine längere Ansprache, in der er feststellte, dass die diesjährigen Hektarerträge um 1 dz höher lägen als im vorigen Jahre und dass dies nicht nur auf die günstigeren klimatischen Verhältnisse, sondern auch auf den verstärkten Arbeitseinsatz, bessere Organisation und grössere Staatshilfe für die Landwirtschaft zurückzuführen sei.

ZYRANKIEWICZ sagte:

"Wir freuen uns, dass dieses Jahr nicht nur für die Ernte günstig war, sondern auch für den Weltfrieden. Die Genfer Konferenz brachte eine allgemeine Entspannung. Ein Beweis dafür ist die begonnene Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik. Wir wollen ausdauernd und konsequent arbeiten, um eine Normalisierung herbeizuführen, dürfen aber nicht für einen Augenblick unsere Wachsamkeit gegenüber jenen schwächen, die nicht auf ihre revisionistischen Träume verzichten wollen, obwohl das immer zu Katastrophe und Niederlage geführt hat..."

2. Politischer Maisanbau in Polen

Nichts kann so gut die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von Moskau veranschaulichen, wie das Problem des Maisanbaus. Jeder Diktator hat seine fixe Idee. Der kleinbürgerliche Geschmack STALINS hat z.B. das Bild aller Städte zwischen Wladiwostok und Ostberlin verschandelt, indem er ihnen den neoklassizistischen und ornamentreichen Stil aufzwang. Diese Spuren werden in Warschau, Budapest, Prag und Ostberlin wahrscheinlich noch in 100 Jahren zu merken sein. Weniger Aussichten auf solche Dauerhaftigkeit hat die Idee von CHRUSCHTSHEW, alle Probleme der landwirtschaftlichen Produktion dadurch zu lösen, dass man Mais in viel grösseren Ausmasse als bis jetzt anbaut. Mais bringt tatsächlich grössere

IV. Kulturelles Leben, soziale Probleme u.a.

1) Beginn des neuen Schuljahres

Am 1. September begann in Polen das neue Schuljahr. In den Normal- und Berufsschulen nehmen an diesem Schuljahr über 4 Millionen Kinder teil. 800.000 davon sind Anfänger, die erst in diesem Jahr mit dem Unterricht beginnen. 210 neue Schulen in den Städten und Dörfern wurden in diesem Jahr mit 5.300 neuen Lehrern eröffnet.

"Zycie Warszawy" vom 1. September stellt aus diesem Anlass fest, dass die Ergebnisse des Unterrichts noch viel zu wünschen übrig lassen.

"Im allgemeinen erwerben sich die Schüler in unseren Schulen keinen genügenden Vorrat an Wissen. Das kommt besonders bei den Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen zum Vorschein, bei denen ein grosser Prozentsatz der Kandidaten grundsätzliche Mängel aufweist. Die Unzulänglichkeiten unseres Schulwesens wurden schon früher festgestellt, und man hat die notwendigen Massnahmen eingeleitet. Neue Programme und Schulbücher werden ausgearbeitet, die Schulung der Lehrerschaft wurde gleichfalls reformiert,...

Wir haben es mehrere Male festgestellt, dass einer der Hauptgründe der Unzulänglichkeit unserer Schulen eine Überlastung der Schüler im Lehrstoff ist. Solche Mengen können sie nicht verdauen. Auch die Lehrer sind mit Papierarbeit, Plänen, Berichten und Statistiken überlastet. Dieser "Papierpanzer" trennt den Lehrer vom Schüler, hat eine erzieherische Arbeit so gut wie unmöglich gemacht..."

2) Drei neue Technische Hochschulen

In Tschestochau, Posen und Stettin wurden in diesem Schuljahr neue Polytechnika eröffnet. In diesen Städten gab es bis jetzt nur Ingenieurschulen, die ihren Absolventen aber keine Diplome ausstellen durften. Jetzt hat man sie erweitert, die Zeit des Studiums verlängert (von 8 auf 10 Semester), und die Absolventen werden jetzt den Titel Diplomingenieur tragen dürfen.

Ausser den neu eröffneten, gibt es in Polen jetzt folgende Technische Hochschulen: Warschau, Lodz, Danzig, Krakau, Gleiwitz und Breslau, also insgesamt neun. Im Vorkriegspolen gab es dagegen nur 2 Technische Hochschulen und zwar in Warschau und in Lemberg.

3) Arbeitsschutz im Bergbau

Am 4.9.55 tagte der Kongress der Gewerkschaft Bergbau. Eines der Hauptthemen der Debatten waren die Probleme des Arbeitsschutzes und der Produktionssteigerung. Es kam oft zur Sprache, dass die Direktionen der Gruben nur an die Erfüllung der Produktionspläne denken und die Fragen des Arbeitsschutzes völlig ausser Acht lassen.

"Trybuna Ludu" vom 3. September schreibt folgendes:

"Solche Praktiken beruhen auf einer ebenso schädlichen wie absurden Theorie, nach der bei der Konzentrierung aller Anstrengungen auf die Erreichung der Produktionsziele keine Energien und keine Zeit übrig blieben, um die Vorschriften über den Arbeitsschutz zu beachten. Diese Tendenz vertreten in erster Linie die technischen Leitungen der Gruben. Man müsste denken, dass zumindest die Gewerkschaft Bergbau mit besonderer Energie diese Tendenzen der Verwaltung bekämpft. Doch muss man feststellen, dass die Gewerkschaft Bergbau sich weder um den schlechten Stand des Arbeitsschutzes kümmerte, noch genug Entschlossenheit zeigte, um die Misstände zu bekämpfen. Passivität und Gleichgültigkeit der meisten Funktionäre der Gewerkschaft Bergbau gegenüber den Problemen des Arbeitsschutzes in den Gruben beruhen darauf, dass sie kein Verbundenheitsgefühl mit der Arbeiterschaft haben und sich dafür gar nicht verantwortlich fühlen. Die Missachtung der Vorschriften über den Arbeitsschutz wäre undenkbar, wenn die Organe der Gewerkschaft mehr Ohr für die Stimmen der Arbeiter hätten."

Nicht nur die Gewerkschaft vernachlässigt ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft. "Trybuna Ludu" vom 12. September stellt weiter fest:

"Auch die Parteigruppen interessieren sich im allgemeinen gar nicht für diese Probleme des Arbeitsschutzes, obwohl gerade sie diesen Problemen täglich gegenüber stehen."

Und "Głos Pracy" vom 17./18. September stellt weiter Misstände im Bergbau fest:

"Auch der Schutz der Frauen und Minderjährigen in der Kohlengrube 'Patrowski' lässt viel zu wünschen übrig. Entgegen den Vorschriften arbeiten dort Jugendliche unter Tage und man hat 7 Fälle festgestellt, wo schwangere Frauen im 7. Monat unter Tage beschäftigt waren."

B. Beziehungen zum Auslande

I. Aussenpolitische Beziehungen

1) Gegenbesuch polnischer Kriegsschiffe in England

Zu einem Höflichkeitsbesuch sind in der ersten Hälfte des September zwei polnische Kriegsschiffe, die Zerstörer "Burza" und "Blyskawica" im Hafen von Portsmouth eingelaufen. Es war dies ein Gegenbesuch für den Besuch der britischen Marine Anfang Juli in Gdingen.

Die beiden polnischen Kriegsschiffe kämpften während des letzten Krieges an der Seite der britischen Verbündeten und haben sich mehrfach ausgezeichnet.

2) Polen stellt Kandidatur für den Sicherheitsrat auf

Polen will für den Platz im Sicherheitsrat, der nach dem Ausscheiden der Türkei Ende 1955 frei wird, kandidieren. "Trybuna Ludu" vom 21. September weist darauf hin, dass dieser Platz laut einer in London 1946 getroffenen Abmachung für einen Vertreter von Osteuropa reserviert sein müsste und nur infolge des Drucks von USA von der Türkei besetzt wurde. Jetzt beabsichtigen die Vereinigten Staaten für diesen Platz die Kandidatur der Philippinen aufzustellen. Sollte diese Kandidatur aufgezwungen werden, so würde das die polnische Regierung als Verletzung der Londoner Abmachung betrachten.

Das Blatt weist daraufhin, dass Polen für die Frage der Weltsicherheit besonderes Interesse aufbringt, weil es selbst im letzten Kriege unermessliche Opfer bringen musste.:

" So wie in der Innenpolitik die Regierung der Volksrepublik Polen sich stets Sorgen um das Wohl ihrer Staatsbürger macht, so kämpft sie auch in der Aussenpolitik um die Interessen des Weltfriedens."

3) Eröffnung des Monats der polnisch-sowjetischen Freundschaft

Vom 9. September bis zum 9. Oktober wird in Polen der Monat der Freundschaft mit der SU gefeiert. Am Vortage der Eröffnung, am 8. September 55 fand in Warschau eine feierliche Kundgebung statt. Abgegen waren Vertreter des Politbüros und der Regierung. Den Vorsitz hatte der jetzige stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft, Mitglied des Staatsrates - Stanislaw MATUSZEWSKI. In allen Städten Polen fanden ebenfalls Kundgebungen, Zapfenstrieche und Fackelzüge statt.

Einen besonderen Platz innerhalb des Monats der Freundschaft wird die "Woche der weissrussischen Kultur" einnehmen. Sie soll einer kulturellen Zusammenarbeit zwischen den beiden slawischen Nachbarvölkern dienen und stellt ein Novum dar, weil man bis jetzt nur von der Freundschaft mit der "grossen Familie der sowjetischen Völker" sprach. Die Eingeweihten wollen wissen, dass dies zu Ehren und auf ausdrücklichen Wunsch des jetzigen sowjetischen Botschafters in Warschau - PONOMARENKO - geschehen ist. PONOMARENKO trat wie immer gerne als Sprachrohr der Interessen der Weissrussen auf, obwohl er selbst gerade dieses Land russifizierte.

Zur Eröffnung des Freundschaftsmonats schreibt "Trybuna Ludu" vom 9. September 1955:

"Der diesjährige Monat der polnischen-sowjetischen Freundschaft steht ganz unter dem Zeichen der Umwandlungen, die in der Welt geschahen und immer noch im Gange sind. Wir stehen unter dem Eindruck aller der Schritte, die die UdSSR unternahm, um eine internationale Entspannung herbeizuführen, ein Klima des Vertrauens zwischen den Staaten zu schaffen, den Frieden zu festigen."

4) Arbeit des Polnisch-Sowjetischen Instituts

"Trybuna Ludu" vom 26. September 1955 berichtet über die bisherige Tätigkeit des Instituts, das im Jahre 1951 gegründet wurde und wissenschaftliche Forschungsarbeiten durchführte. Diese Arbeiten wurden in vier Abteilungen geführt, und zwar für Geschichte, für Literatur, für die russische Sprache und für die ukrainische und weissrussische Philologie.

Die Abteilung für Geschichte interessiert sich hauptsächlich für die Probleme der polnisch-russischen Zusammenarbeit in der Mitte des XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts, die Beteiligung der Russen an der polnischen Revolutionsbewegung usw.

Die Abteilung für russische Sprache arbeitet seit 1953 an der Vorbereitung eines Wörterbuches der russischen Sprache.

Die Bibliothek des Instituts zählt 80.000 Bände. Es organisiert Vorträge aus allen Gebieten der sowjetischen Wissenschaft. Es gab bis jetzt nahezu 200 Vortragsreihen, an denen 30.000 Personen teilgenommen haben.

5) Ausländische Parlamentarier in Polen

Mehrere ausländische Parlamentarier, die an der Sitzung der Interparlamentarischen Union in Helsinki teilgenommen hatten, besuchten später Polen, teilweise auf dem Umwege über Moskau. Zu ihnen gehörten auch amerikanische Senatoren, der Demokrat SPARKMAN aus Alabama, der Republikaner PURTELL aus Connecticut und der Demokrat KEFAUVER, sowie ein Mitglied des englischen Unterhauses, der Konservative Cyril OSBORNE. Die Gäste besuchten Warschau und andere polnische Städte und fanden anerkennende Worte für die Erfolge des Wiederaufbaues der Kriegszerstörungen. Senator PURTELL meinte, dass derartige Kontakte sehr nützlich wären und dass man sie weiter entwickeln müsste. Die Besuche scheinen rein informatorischen Charakter gehabt zu haben.

In der zweiten Hälfte des Monats weilte auf polnische Einladung eine grössere Gruppe japanischer Parlamentarier in Polen, die aus 12 Senatoren und Abgeordneten hauptsächlich der rechts- und links-orientierten sozialdemokratischen Parteien und der Kommunistischen Partei bestanden. Sie wurden vom Ministerpräsidenten ZYRANKIEWICZ und anderen Mitgliedern der Regierung empfangen. Es scheint, dass dieser Besuch der Vorbereitung von Handelsgesprächen diene.

6) ADENAUERS Besuch in Moskau

Diesem Besuch wurde in der Presse nicht sehr viel Raum gewidmet, um so mehr Aufmerksamkeit aber sowohl bei den Regierenden als auch bei den Regierten. Alle Polen, unabhängig von Herkunft, politischer Überzeugung oder sozialer Position hegen ein gewisses Misstrauen, wenn sie von deutsch-russischen Gesprächen hören. Ursache dieses Misstrauens sind die geschichtlichen Erfahrungen, die sie seit dem 18. Jahrhundert machen mussten. Fast immer, wenn es zu einer deutsch-russischen Verständigung kam, geschah das auf Kosten Polens.

Als im Juni 1955 die Nachricht über eine Einladung ADENAUERS nach Moskau kam, wurde sie in Warschau mit Verblüffung aufgenommen. Auch die Spitze des Regimes nahm sie, obwohl sie sicher von den sowjetischen Absichten in Kenntnis gesetzt worden war, mit Unbehagen auf. Die Stimmung der Strasse war noch deutlicher spürbar. Der allgemeine Gedanke war, die Russen werden mit den Deutschen einen Kuhhandel machen und der Preis würden die Westgebiete sein. Es würde vielleicht zu viel sein, von einer Panikstimmung zu sprechen, nichtsdestoweniger hat man eine gewisse

Unruhe unter der Bevölkerung der Westgebiete beobachtet.

Die Regierung in Warschau hat alles unternommen, um dieser wachsenden Unruhe Herr zu werden. Den 5. Jahrestag des Görlitzer Abkommens hat man zu einer eindrucksvollen Manifestation gestaltet, die in der beiderseitigen Versicherung der Signatarländer gipfelte, dass sie die Oder-Neisse-Grenze als absolut endgültig betrachten. Hinter dieser Grenze, so betonte man, steht die ganze Macht aller Unterzeichnerstaaten des Warschauer Abkommens.

Dann kamen die Genfer Konferenz und die ersten Zeichen einer möglichen sowjetisch-amerikanischen Verständigung über den Kopf der Deutschen weg. Es war offensichtlich, dass ADENAUER nicht von der Position der Stärke aus verhandeln konnte. Warschau hat das schnell eingesehen, und man hat seitdem den bevorstehenden Besuch mit Gelassenheit erwartet. Die Bevölkerung reagierte allerdings mit fast unvermindertem Unbehagen.

Als der Besuch endlich zustande kam, brachte die gesamte polnische Presse Berichte über die Moskauer Gespräche, indem sie auf jeden Kommentar verzichtete und nur sachlich über den Verlauf der Sitzungen informierte. Man hat Auszüge aus den Äusserungen der Politiker beider Staaten gebracht, sogar jene Stellen, wo z.B. ADENAUER über das Verhalten der Roten Armee in Deutschland sprach.

Erst als die Konferenz zu Ende war und es offensichtlich wurde, dass sie mit einem diplomatischen Sieg Moskaus endete, brachte die Presse zahlreiche Kommentare.

"Trybuna Ludu" vom 15. September:

"Die Ergebnisse der Moskauer Gespräche waren ein grosser Erfolg der friedlichen Politik der Sowjetunion. Die Delegation der Bundesrepublik ... musste im Laufe der Gespräche anerkennen, dass die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen eine Voraussetzung der Normalisierung ist. Unsere Stellungnahme ist dabei klar: Immer sprachen wir uns dafür aus, und das tun wir auch jetzt, dass eine Normalisierung der Beziehungen mit allen Staaten unabhängig von ihrer Regierungsform von Nutzen ist. Solche Normalisierung vermindert die Konfliktmöglichkeiten, mildert die Spannungen der internationalen Politik, verstärkt die Chancen des Friedens. Es ist das besonders in Bezug

auf Deutschland wichtig, das so oft die Ursache der Unruhen und Kriege in Europa war, die von unserem Volk schmerzlich erlebt wurden. Das polnische Volk will mit dem deutschen Volk in Frieden leben und gerade aus diesem Grunde nahmen wir freundschaftliche Beziehungen zur DDR auf, die wir als Bollwerk der Demokratie und des Friedens in Deutschland betrachten. Der Entschluss unserer Regierung, den Kriegszustand mit Deutschland aufzuheben, spricht dafür, dass wir daran interessiert sind, normale Beziehungen und einen wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit dem ganzen deutschen Volke aufzunehmen."

Am 16. September schreibt ebenfalls "Trybuna Ludu" unter dem Titel:

"... und deswegen auch im Interesse Polens" folgendes:

"Den bis zum letzten Moment unerwarteten und den an der Fortsetzung des kalten Krieges interessierten Kreisen unerwünschten Erfolg der Moskauer Gespräche hat die polnische Öffentlichkeit mit einer umso grösseren Genugtuung begrüsst, als er in unserem Interesse liegt. Es ist für niemanden in der Welt ein Geheimnis, dass die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, ebenso wie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen, der Tschechoslowakei und anderen sozialistischen Ländern bis zum 13. September 1955 ein von den Anhängern des kalten (und auch des heissen) Krieges, wohl behütetes Reservat der internationalen Spannungen und der Politik der Stärke war.

Die Politik der Stärke sollte dem deutschen Revisionismus den Weg bahnen. Dieser Revisionismus richtete sich gegen Polen, gegen die SU und die Tschechoslowakei. Die Niederlage, die diese Politik in Moskau erlitten hat, bedeutet also auch die Niederlage des antipolnischen Revisionismus. Man braucht nicht viel zu beweisen, was für ein Erfolg das für uns ist. Wir wollen nicht etwa behaupten, dass die Regierungskreise der Bundesrepublik auf jeden Revisionismus verzichtet haben. Das zu erwarten, wäre naiv. Kanzler Adenauer hat sogar nach der Beendigung der Konferenz seine Vorbehalte in Bezug auf die Grenzen gemacht... Man darf aber nicht vergessen, dass dies ein einseitiger Akt wäre und solche einseitige, nur verbale Erklärungen zählen in der Politik nicht. In der Politik zählen nur die Tatsachen... Die polnische Öffentlichkeit sah in den Moskauer Gesprächen eine brillante Bestätigung der Wirksamkeit der friedlichen Politik der SU und einen neuen Beweis der Stärke des polnisch-sowjetischen Bündnisses..."

"Zycie Warszawy" vom 15. September schreibt:

"Die polnische Öffentlichkeit verfolgte aufmerksam die Äusserungen der Konferenzteilnehmer. Wir sprechen kein Geheimnis aus, wenn wir sagen, dass wir mit Genugtuung die Antwort der sowjetischen Staatsmänner auf die Äusserung der bundesdeutschen Gesprächspartner hörten. Es war gut, dass man in Moskau an das Ausmass der nazistischen Verbrechen erinnerte, und es war gut, dass man nach seiner ersten Äusserung das Gewicht dieser Tatsachen anerkannte. ... Man muss deutlich sagen, und es wäre gut, wenn die grösstmögliche Zahl der Menschen in Westdeutschland sich darüber im Klaren sein wird: Dass die grössten Feinde der Einheit Deutschlands gerade diejenigen sind, die am stärksten über diese Einheit schreien und die darunter die Annektion der DDR und der polnischen Westgebiete durch die Bundesrepublik verstehen. Diejenigen, die Deutschland an den aggressiven NATO'Block angeschlossen haben, dienen auch nicht der Sache der Einheit Deutschlands."

Und "Glos Pracy" vom 15. September:

"Die Moskauer Gespräche wurden von der polnischen Öffentlichkeit mit grösstem Interesse verfolgt. Es waren Fälle an der Tagesordnung, dass man schon in den Morgenstunden keine Zeitungen mehr in den Kiosken kaufen konnte. In den Fabriken, auf den Ämtern und auf den Strassen kommentierten die Menschen ausführlich über die Äusserungen der sowjetischen und der westdeutschen Staatsmänner. Mit voller Befriedigung hat das polnische Volk die Nachricht über den Erfolg der Gespräche aufgenommen. Unsere Zufriedenheit ist umso grösser, als kaum jemand so gut die Bedeutung des deutschen Problems kennt wie wir Polen. Die Sorge um die friedliche Lösung dieses Problems ist eines der Hauptziele unserer Aussenpolitik. Dieser Einstellung geben wir praktischen Ausdruck, indem wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zur DDR immer mehr festigen. Unsere Beziehungen zur DDR, gestützt auf den gemeinsamen Entschluss der Verteidigung der anerkannten und bestehenden Grenze an der Oder-Neisse, dürften ein Beispiel und ein Muster für die Beziehungen zum ganzen deutschen Volk sein. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Verständigung zwischen den Regierungen der SU und der Bundesrepublik ein Schritt zur Festigung des Friedens und der Sicherheit Europas sein wird, und aus diesem Grunde ein Schritt zur Normalisierung auch unserer Beziehungen zu der Bundesrepublik..."

7) DDR-Besuch in Moskau

"Trybuna Ludu" vom 22. September:

"Wir beobachteten die Moskauer Verhandlungen zwischen der SU und der DDR nicht nur mit den Augen eines gewöhnlichen Zeugen grosser historischer Ereignisse, sondern auch mit besonderer Aufmerksamkeit, mit der jeder Pole alle deutschen Vorgänge verfolgt. ... Für uns Polen war die Entstehung eines deutschen Staates jenseits der Oder-Neisse, der gleichzeitig Freund und Verbündeter war, ein geschichtliches Ereignis, das unsere Situation radikal änderte und die Sicherheit unserer Grenzen garantierte. Die Tatsache, dass infolge der Unterzeichnung des neuen Vertrages in Moskau das Prestige und die Position der DDR stärker geworden sind, besitzt für uns unmittelbare Bedeutung; es ist nicht nur die Sympathie für die Nachfolger THÄLMANN'S und LIEBKNECHT'S, sondern der politische Realismus, der uns die Überzeugung gibt, dass die Stärke der DDR auch unsere Stärke ist, dass ihre Sicherheit unsere eigene ist... Die Rückgabe der vollen Souveränität in den innen-, aussen- und wehrpolitischen Angelegenheiten an die DDR, die Annullierung der Beschlüsse des Alliierten Kontrollrates aus den Jahren 1945-48, eröffnen für die DDR eine neue Entwicklungsetappe. Das ist eine Sache von grosser Bedeutung und das müsste von grosser Bedeutung auch für diejenigen sein, die den jungen, in der deutschen Geschichte ersten demokratischen Staat, wo das Volk regiert, einfach ignorieren wollten."

Und Glos Praoy" vom 22. September:

"Manche westlichen Politiker, die nicht immer verstehen, was sich heute in der Welt ereignet, und die nur um ihre engen Interessen zittern, erheben jetzt mit Empörung ein Geschrei, dass der Vertrag zwischen der SU und der DDR eine definitive Bestätigung der Teilung Deutschlands bedeutet. Die sowjetische These über die Existenz von zwei deutschen Staaten bedeutet angeblich den Verzicht auf die Vereinigung Deutschlands. Was für eine Heuchelei! Die SU konnte und kann den Gedanken auf ein vereinigtes Deutschland nicht aufgeben, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Deutschen selbst nie auf den Gedanken verzichteten. Indem sie der DDR volle Souveränität zuerkennt und dieser DDR die Einheit Deutschlands als Ziel aller ihrer Bemühungen gestellt hat, hilft die SU schon dadurch der Realisierung der Wünsche des deutschen Volkes. Die volle Souveränität der DDR bedeutet eben nichts anderes als die Steigerung der An-

strengungen der besten Kräfte im deutschen Volke im Kampf um die gesamtdeutschen Ziele. Eine andere Frage ist dagegen das Problem, wann diese Ziele realisiert werden können. Die Antwort darauf wird von den Deutschen selbst abhängen. Heute ist nur eines sicher: Die DDR wird mehr denn je ein Zentrum des deutschen Patriotismus sein. Die Tatsache dieser Existenz wird sich auf ganz Deutschland auswirken."

"Trybuna Ludu" vom 29. September:

"Wir sind oft geneigt, uns suggerieren zu lassen, dass die deutsche Frage auf einem toten Punkt angelagt ist und dass es keine Möglichkeiten mehr gibt, dieses Problem zu lösen. Es ist aber eine Tatsache, dass auch diese deutsche Frage, obwohl voller Gegensätze, sich in letzter Zeit umzuwandeln beginnt. Es ist bekannt, dass in Genf dieses Problem die grössten Meinungsunterschiede hervorrief. Aber der Erfolg von Genf wurde trotz dieser Differenzen erreicht. Das bedeutete die Entschärfung der deutschen Frage von dieser Dynamitladung, die ihr die Anhänger des kalten und des heissen Krieges angehängt haben. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der SU und der Vertrag zwischen der DDR und der SU sind neue wichtige Schritte auf dem Wege zur friedlichen Lösung des schwierigen deutschen Problems. Diese beiden Ereignisse stellen eine logische Durchführung der sowjetischen friedlichen Konzeption der Lösung der deutschen Frage dar. Diese Konzeption beruht auf der Vereinigung Deutschlands durch die Annäherung und Zusammenarbeit der beiden bestehenden deutschen Staaten und der Einbeziehung dieser Staaten in ein System der kollektiven Sicherheit. Am Anfang der Moskauer Gespräche stellte Kanzler Adenauer Bedingungen, die er höflicherweise nicht als solche bezeichnete, von denen er die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abhängig machte. Keine von diesen Bedingungen wurde in das gemeinsame Schlusskommuniqué aufgenommen. Was immer auch Kanzler Adenauer später dazu sagen sollte, er hat die diplomatischen Beziehungen zur SU aufgenommen, in deren Hauptstadt die Botschaft eines anderen deutschen Staates besteht. Das bedeutet zumindest, dass er in Wirklichkeit darauf verzichtet, das ganze deutsche Volk zu repräsentieren. Ob sich Adenauer das wünscht oder nicht, infolge des Vertrages SU-DDR, wird es in der Praxis zu einer Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten kommen müssen. Solche alltäglichen Angelegenheiten wie z.B. die Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Westberlin, lassen sich nicht aufrechterhalten, ohne Zusammenarbeit

der beiden gleichberechtigten deutschen Staaten. Die Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands stehen jetzt, ob sich Adenauer das wünscht oder nicht in einem bestimmten Verhältnis zu dem Annäherungsgrad zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Es kann hier nichts ändern, wenn man so tut, als ob man die DDR nicht bemerken würde. Der erste in der deutschen Geschichte wirklich und konsequent friedliche Staat des arbeitenden Volkes, der Staat, in dem jetzt der Sozialismus aufgebaut wird, wird nie unter die Gewalt der Militaristen und der aggressiven kapitalistischen Kreise geraten. Was in der Vergangenheit ein Verhängnis für Deutschland und Europa war, nämlich die Vereinigung Deutschlands, erwirkt von oben durch die reaktionären Kräfte, wird sich nie mehr wiederholen und Deutschland wird nie mehr eine unaufhörliche Bedrohung des Friedens und der Nachbarvölker sein. Nie wird an der Oder-Neisse-Grenze eine Armee der Revisionisten, befehligt durch Nazigenerale erscheinen. Wie soll man sich aber die künftige Regierungsform des vereinigten Deutschland vorstellen, wenn diese Vereinigung auf einer friedlichen und demokratischen Basis geschehen soll? Darüber kann nur das deutsche Volk entscheiden. Das sozialistische Lager hat hier keine Angst vor einem friedlichen Wettkampf beider Regierungsformen, derjenigen der Bundesrepublik und der der DDR."

II. Aussenhandel

1) Polen auf der Internationalen Messe in Agram

Zum ersten Male war Polen auf der am 2.9.55 eröffneten Messe in Agram vertreten. Wie der polnische Vizeminister für Aussenhandel, Czeslaw BAJER (lt. "Trybuna Ludu" vom 2. September) erklärte, stellte Polen vor allem Erzeugnisse der Schwerindustrie aus. Unter ihnen gab es Werkzeugmaschinen aller Arten, Walzwerkserzeugnisse, chemische Produkte, Textilmaschinen, optische Geräte.

Im Februar 1955 schloss man in Belgrad ein Handels- und Zahlungsabkommen für die Zeit von 11 Monaten. Die in diesem Abkommen vorgesehenen Umsätze sind zwar bescheiden, aber es bestehen Aussichten, dass sie erheblich vergrössert werden.

Schon am Vortage der Eröffnung der Messe kam nach Belgrad eine polnische Delegation mit dem Minister für Aussenhandel, Konstanty DABROWSKI, an der Spitze.

Am 6.9.55 gab es einen Empfang in der polnischen Botschaft, zu dem der Vizepräsident des Föderalen Exekutivrates, WUKMANOWICZ-TEMPO, kam.

In einem Toast sagte der jugoslawische Politiker u.a.:

"Wir sollten nach neuen Wegen der Zusammenarbeit suchen, und zwar nicht nur auf dem wirtschaftlichen sondern auch auf politischem Gebiet. Unsere Länder bauen, jedes auf seine Art und Weise, den Sozialismus und berücksichtigen dabei ihre Eigenarten. Aber neben den Unterschieden gibt es auch gemeinsame Punkte, und um sie zu finden, müssen wir uns gut kennen."

Der Chef der polnischen Delegation, DABROWSKI, antwortete:

"Unser Volk und unsere Regierung haben die Normalisierung unserer gemeinsamen Beziehungen mit Freude begrüsst... Wenn auf dem Wege zum Sozialismus jedes unserer Länder aus eigener Erfahrung schöpft - so ist das Ziel, zu dem wir gehen, dasselbe..."

2. Polen auf der internationalen Messe in Plovdiv (Bulgarien)

Vom 6. bis zum 20. September 1955 dauerte diese Messe, an der auch Polen teilgenommen hat. Im bulgarischen Aussenhandel nimmt Polen den vierten Platz ein. Der polnische Anteil an den bulgarischen Aussenhandelsumsätzen beträgt 4,75 %. Polen liefert hauptsächlich Lokomotiven, Waggonen, Werkzeugmaschinen, Baumaschinen, Schwarz- und Buntmetalle, Textilrohstoffe und Chemikalien. Aus Bulgarien bezieht Polen Erze, Blei- und Zinkkonzentrate, Tabak und landwirtschaftliche Produkte.

Auf der Messe in Plovdiv stellte Polen u.a. Bergbaumaschinen, Produkte der Hüttenindustrie, der elektrotechnischen Industrie, Präzisionserzeugnisse, optische Geräte und Erzeugnisse der Leichtindustrie aus. Ausserdem stellte man Lokomotiven, Waggonen und landwirtschaftliche Maschinen auf freiem Gelände aus. (lt. "Zycie Warszawy" vom 1. September).

3. Polen will nach Südamerika exportieren

Lt. "Trybuna Ludu" vom 4. September 1955 erklärte der polnische Delegierte auf der VI. Sitzung des Wirtschaftsausschusses der UN, KCTT, dass Polen an der Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den lateinamerikanischen Ländern lebhaft interessiert ist. Er hat eine Liste der Waren zusammengestellt, die Polen zu exportieren bereit wäre. Unter ihnen nehmen Maschinen aller Art den grössten Teil ein.

4) Handelsvertrag Polen-Indonesien

Am 6. September unterschrieben in Djakarta die Vertreter beider Staaten ein neues Handels- und Zahlungsabkommen. Die Handelsumsätze wurden im neuen Vertrag verdoppelt. Im Rahmen des neuen Abkommens wird Polen aus Indonesien Kautschuk, Zinn, Kopra, Sisal, Tee, Kaffee, Pfeffer und andere Kolonialartikel beziehen. Dafür wird Polen Maschinen, industrielle Einrichtungen, Walzwerkserzeugnisse, Erzeugnisse der Metallindustrie, Baumwollstoffe und andere Textilien, Zement, Chemikalien, Farbstoffe, Papier und Papierartikel, Glas und Glasartikel usw. liefern.

3 Kulturelle Beziehungen zum Ausland

Abkommen Polen-CSR über den Touristenverkehr im Tatragebirge

Polen und die CSR gehören laut offiziellen Versicherungen zu "der grossen Familie der sozialistischen Völker, die ihre gegenseitigen Beziehungen auf einer ganz neuen Grundlage aufbauen". Wie diese Beziehungen zwischen Volksdemokratien ausgestaltet werden, kann man am Beispiel des Touristenverkehrs in der Tatra illustrieren.

Vor 1939 konnten aufgrund eines Abkommens zwischen Polen und der CSR die Touristen beider Länder sich frei auf dem ganzen Grenzgebiet der Tatra bewegen. Jede Gemeindebehörde durfte Passierscheine gegen kleine Bezahlung ausstellen. Das alles funktionierte fast 20 Jahre reibungslos, obwohl die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern oft recht gespannt waren.

Nach dem Kriege gab es (lt. höherer Anordnung) keine Differenzen irgendwelcher Art zwischen beiden Staaten mehr. Man spricht nur von Freundschaft, und die Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Abschnitt entwickelt sich zufriedenstellend. Das aber soll nicht bedeuten, dass die Polen und Tschechen sich in den schönen Bergen der Tatra frei bewegen können. Bis jetzt war es verboten, sich in dem benachbarten Teil des Gebirges aufzuhalten. Nach 10 Jahren durch nichts getrübt "brüderlicher Freundschaft" hat man endlich erreicht, dass ein Touristenabkommen unterzeichnet wurde, das den Touristen wenigstens das Betreten eines Teiles des Gebirges ausserhalb der Grenze für 6 Tage erlaubt.

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht zu sein, auf die Isolierung hinzuweisen, die die einzelnen Staaten des Ostblocks voneinander trennt.

Obwohl gerade jetzt im Zeichen der sogen. Koexistenz versucht wird, einen verstärkten west-östlichen Reiseverkehr in Gang zu bringen, besteht ein solcher zwischen den Volksdemokratien überhaupt nicht. Der einzige Verkehr zwischen diesen Staaten wird in Delegationsform zu bestimmten Feierlichkeiten, Kongressen etc. durchgeführt. Weiter können Spitzenfunktionäre zu Kuraufenthalten in ein anderes Land reisen. Die Heilbäder der CSR wurden so durchschnittlich von 500 höheren Funktionären aus der DDR im Jahr aufgesucht, was einen ungefähren Masstab gibt.

Die UdSSR will - wie weiter bekannt wird - erstmalig in diesem Jahr diese strenge Isolierung um ein wenig lockern. Eine bestimmte Anzahl sowjetischer Touristen darf nach Polen einreisen, um dort ihren Urlaub zu verbringen. Die sowjetischen Touristen sind aber vorher auf das sorgfältigste gesiebt worden, so dass es sich wieder nur um hundertprozentig zuverlässige Mitglieder privilegierter Gesellschaftsschichten der UdSSR handelt.